

Spaltung zwischen wohlhabenden Schichten und solchen am Rand der Armut.

Am 23. November stand der Nationalkongreß im Zeichen des Papstes. Johannes Paul II. bekräftigte in seiner Rede vor den Delegierten den Weg der Kirche in Italien. Das war für denjenigen nicht selbstverständlich, der sich an seine Intervention beim Kongreß von Loreto vor zehn Jahren erinnerte (vgl. HK, Mai 1985, 205 ff.). Damals setzte er sich in einen dialektischen Gegensatz zur Versammlung und signalisierte eine Kursänderung in der Italienischen Bischofskonferenz. In Palermo dagegen war ein voller Gleichklang mit Kardinal Ruini als derzeitigem Konferenzvorsitzenden und den Grundoptionen der Konferenz zu registrieren.

Auffälligster Zug der Papstrede war ihre sorgenvolle Vision des kirchlichen

Auftrags in der Postmoderne. Johannes Paul II. machte Gefahren namhaft, die sogar die Fundamente des christlichen Erbes und bereitete jedweder Illusion bezüglich der Anzeichen einer Entchristlichung ein Ende. Daneben war seine eindringliche Wahrnehmung der gesellschaftlichen Herausforderungen bemerkenswert: So etwa die Abnahme der Geburten, die Beziehungen Italiens zu Europa, die Verantwortung für das Verhältnis von Nord und Süd. Der dritte Nationalkongreß ging nicht mit einer einheitlichen Perspektive zu Ende. Das erarbeitete und in Abstimmungen gutgeheißen Material wurde den Bischöfen übergeben, die vermutlich dieses Frühjahr ein entsprechendes Dokument veröffentlichen werden. Der Raum für pastorale Kreativität steht offen; man wird sehen, ob ihn die einzelnen Diözesen nutzen können.

L. P.

Ökumene: Unbewältigte Spannungen zwischen Rom und Moskau

Im November besuchte der Moskauer Patriarch Alexij II. Deutschland; etwa zur gleichen Zeit tagten in Rom die ukrainisch-katholischen Bischöfe. Beide Ereignisse werfen ein Licht auf die nach wie vor schwierigen Beziehungen zwischen katholischer und russisch-orthodoxer Kirche.

Kurz nacheinander wurden im November 1995 zwei päpstliche Texte veröffentlicht, die sich auf die Vierhundertjahrfeier der Union von Brest-Litowsk (1595/96) beziehen. Seinerzeit schlossen sich die orthodoxen Bischöfe der Metropole von Kiew (damals Teil des polnisch-litauischen Königreichs) unter Beibehaltung ihrer kirchlichen Strukturen und ihres slawischen Ritus Rom an und legten damit den Grundstein für die heute ukrainisch-katholische Kirche. Am 17. November erschien jetzt ein Apostolisches Schreiben Johannes Pauls II. aus Anlaß des Jubiläums der Brester Union; am 24. November wandte sich der Papst mit einer ausführlichen Ansprache an die in Rom zu einer Synode ver-

sammelten ukrainisch-katholischen Bischöfe.

Die entscheidenden Jahre in der neueren Geschichte der ukrainisch-katholischen Kirche waren 1946 und 1989: Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die „unierte“ Kirche in der früher österreichischen und dann polnischen Westukraine unter stalinistischem Druck zwangsweise in die russisch-orthodoxe Kirche eingegliedert. Ende 1989 fiel die politische Grundsatzentscheidung für die Wiederezulassung der ukrainisch-katholischen Kirche im Zug von Gorbatschows Reformbemühungen (vgl. HK, Januar 1990, 12). Seither ist sie ein Dorn im Auge des Moskauer Patriarchats und verlangt dem Vatikan eine *schwierige Gratwanderung* zwi-

schen ökumenischen Bemühungen um die russische Orthodoxie und Solidarität mit den lange unterdrückten Katholiken des byzantinischen Ritus ab.

Mahnungen zur Zusammenarbeit mit der Orthodoxie

Die damit verbundenen Probleme prägen sowohl das Apostolische Schreiben Johannes Pauls II. wie seine Ansprache an die versammelten ukrainisch-katholischen Bischöfe. Das Schreiben vom 17. November bringt den Dank der gesamten katholischen Kirche an die unierten Ukrainer für ihre Treue in der Unterdrückung zum Ausdruck: „Die Märtyrer und Bekenner des Glaubens der Kirche in der Ukraine erteilen uns eine beeindruckende Lektion der Treue um den Preis des Lebens.“ Gleichzeitig ermahnt der Papst die ukrainisch-katholische Kirche, das Jubiläum der Brester Union im Licht der Lehren des Zweiten Vatikanums über die Kirche und den Ökumenismus zu feiern und zu interpretieren.

Während sich das Apostolische Schreiben auf mehr allgemeine Hinweise zum Verhältnis zwischen orthodoxer und katholischer bzw. speziell ukrainisch-katholischer Kirche beschränkt, wird die Ansprache anläßlich der Synode deutlicher. So heißt es beispielsweise, Dialog und Zusammenarbeit mit den orthodoxen Brüdern seien „wichtige Elemente“ für das notwendige Bemühen um die Verbreitung des Evangeliums unter Menschen, die lange der atheistischen Propaganda ausgesetzt gewesen seien. Ausdrücklich ist von der Notwendigkeit gemeinsamer Aktionen bei der Evangelisierung die Rede, vor allem angesichts der Herausforderung durch das Aufblühen von Sekten.

Johannes Paul II. spricht auch von der Aufgabe der ukrainisch-katholischen Kirche, sich um Versöhnung zwischen Katholiken und Orthodoxen zu bemühen. Solche Versöhnung impliziere vor allem gegenseitigen Respekt. Katholiken des byzantinischen Ritus

und Orthodoxe müßten lernen, „als Brüder zusammenzuwohnen, die mehr gemeinsam haben, als sie voneinander trennt“. Eine solche Haltung werde nicht ohne positiven Einfluß auf das Gemeinwohl des ukrainischen Staates bleiben (zur Situation der Ukraine vgl. HK, April 1995, 208 ff.).

Es geht in der Ansprache auch um verschiedene Einzelbereiche im Erneuerungsprozeß der ukrainisch-katholischen Kirche. Der Papst nennt hier die Ausbildung des Klerus, die Jugendpastoral, die Heranbildung von Katecheten und den Einsatz für Ehe und Familie. Die Bischöfe sollten nichts unversucht lassen, „um die Gewissen zu bilden, der christlichen Ehe die ihr eigene Würde und Dauerhaftigkeit zurückzugeben und soweit als möglich das Übel der Abtreibung zu eliminieren“.

Die Feiern zum Jubiläum der Union von Brest haben in der Ukraine schon im Mai 1995 mit einer „nationalen Wallfahrt“ im Marienwallfahrtsort Zarwanya begonnen. Johannes Paul II. richtete dementsprechend auch schon am 25. März 1995 ein persönliches Schreiben an das Oberhaupt der ukrainisch-katholischen Kirche, Kardinal *Ivan Lubachivsky*, Großerbischof von Lemberg. Der Anfang Mai veröffentlichte Text hat den gleichen Duktus wie jetzt das Apostolische Schreiben und die Ansprache des Papstes bei der Synode: Die Jubiläumsfeiern sollten „Anstoß und Mittel der Einheit“ mit den Brüdern aus den orthodoxen Kirchen und den anderen christlichen Gemeinschaften sein.

Die römische Position faßte Kardinal *Achille Silvestrini*, Präfekt der Kongregation für die katholischen Ostkirchen, bei der Vorstellung des neuen Apostolischen Schreibens vor der Presse folgendermaßen zusammen: „Eines ist klar: Der Weg der katholischen Ostkirchen und der heilige Eifer für die Wiederherstellung der Einheit unter den Christen können und müssen nicht im Widerspruch zueinander stehen, weil das gegen den Willen Christi verstoßen würde“ (Osservatore Romano, 17.11.95).

Das Jubiläum der Union von Brest verlangt von der katholischen Kirche ein hohes Maß an Sensibilität; gleichzeitig ist es eine Herausforderung für die russische Orthodoxie, die sich bis zuletzt gegen eine Wiedezulassung der ukrainisch-katholischen Kirche gestäubt hatte. In einem Interview mit der Bologneser Zeitschrift „il regno“ (15.11.95) antwortete Patriarch *Alexij II.* von Moskau auf die Frage nach seiner Bewertung des Jubiläums: Wenn man es als Anlaß zur Reue nehme und dazu, Lehren aus der Geschichte zu ziehen, könne es der Einheit förderlich sein. Würde man das Jubiläum aber dazu benutzen, die Union lobend herauszustellen, würde es nur die katholisch-orthodoxen Spannungen verstärken.

Das Moskauer Patriarchat und seine Gravamina

Der Patriarch äußerte in dem Gespräch seine Anerkennung für die Ökumene-Enzyklika „*Ut unum sint*“ Johannes Pauls II. vom Frühjahr 1995 (vgl. HK, Juli 1995, 345) als einem für die ökumenische Bewegung wichtigen Dokument. Er betonte auch, die russische Orthodoxie werde am Dialog mit der katholischen Kirche festhalten. Gleichzeitig wiederholte *Alexij* aber auch die inzwischen schon „klassischen“ Vorwürfe des Moskauer Patriarchats an die katholische Seite: Die vatikanischen Weisungen für die ukrainisch-katholische Kirche seien in der Praxis längst nicht immer umgesetzt worden („Die orthodoxen Gemeinden werden aus den Kirchen vertrieben. Orthodoxe Priester werden unter Druck gesetzt“); es habe vor der Ernennung Apostolischer Administratoren für Rußland keine Konsultation der russischen Orthodoxie als der angestammten Kirche des Landes stattgefunden.

Auch bei seinem Besuch in Deutschland vom 16. bis 21. November 1995 brachte der Patriarch von Moskau die einschlägigen Themen zur Sprache. *Alexij II.* beklagte den „Proselytis-

mus“, also die Abwerbung von orthodoxen Gläubigen durch andere Religionsgemeinschaften. Nichtorthodoxe und nichtchristliche Prediger versuchten in Rußland, „der Mutter Kirche Seelen zu entreißen, denen sie die Taufe gespendet hat und die historisch und kulturell in ihr verwurzelt sind“. Auch von der Belastung des katholisch-orthodoxen Verhältnisses durch die Aktivität der ukrainisch-katholischen Kirche war die Rede. Über eine Begegnung mit Johannes Paul II., so der russische Patriarch in Deutschland, könne gesprochen werden, wenn solche Probleme ausgeräumt seien.

Ob die Bemühungen, ein Treffen zwischen dem Papst und dem Moskauer Patriarchen im Juni 1996 in Ungarn zustandezubringen, zum Erfolg führen, läßt sich derzeit noch nicht absehen. Der insgesamt um Ausgleich und Vermittlung bemühte *Alexij II.* befindet sich in der eigenen Kirche mit ihrem nationalistisch-antiökumenischen Flügel in einer schwierigen Position. Rom wiederum hat die Bereitschaft zum weiteren Dialog mit der russischen Orthodoxie unmißverständlich deutlich gemacht, kann aber den Forderungen der orthodoxen Seite im Blick auf die Aktivität der katholischen Kirche des lateinischen Ritus in Rußland (vgl. HK, November 1995, 601 ff.) wie die ukrainisch-katholische Kirche jedenfalls im Grundsätzlichen nicht weiter entgegenkommen.

Von Spannungen geprägt ist derzeit im übrigen auch das Verhältnis zwischen dem Moskauer Patriarchat, dem zahlenmäßig gewichtigsten innerhalb der Orthodoxie, und dem *Ökumenischen Patriarchen von Konstantinopel*. In seinem Interview mit „il regno“ betonte *Alexij II.*, der Ökumenische Patriarch habe nur einen Ehrenprimat, aber keine dogmatische oder kanonische Autorität für die anderen orthodoxen Kirchen: „Wenn die Stimme von Konstantinopel von manchen im Westen als gleichbedeutend mit der Stimme der gesamten Orthodoxie betrachtet wird, ist das nicht ganz richtig.“ Außerdem kritisierte er die Mitwirkung des Ökumenischen Patriarchen in der Papst-

liturgie anlässlich des Besuchs von Bartholomaios I. in Rom (vgl. HK, August 1995, 406). Hier habe man zu wenig auf die Sensibilität mancher orthodoxer Gläubigen Rücksicht genommen. Die Differenzen zwischen Moskau und Konstantinopel haben sich im letzten

Jahr an der Frage des Umgangs mit jenen orthodoxen Gruppen (etwa in Estland) entzündet, die sich vom Moskauer Patriarchat abspalten wollen. Alexij II. hatte in einem Brief vom Mai 1995 die Unterstützung des Ökumenischen Patriarchats für solche Gruppen

kritisiert: Die Aktionen Konstantinopels hätten die Beziehungen zu Moskau an den „Rand der Gefahrenzone“ gebracht. Der Moskauer Patriarch war wegen dieses Streits auch dem Panorthodoxen Treffen auf Patmos im September 1995 ferngeblieben. U. R.

Wie die anderen werden

Das katholische Irland im Wandel

Irland ist, gemessen an der Beteiligung am kirchlichen Leben, nach wie vor das katholischste Land in der Westhälfte Europas. Aber die Gesellschaft ist insgesamt liberaler und pluraler geworden; die Kirche hat es weithin versäumt, sich in ihrem Verhalten gegenüber dem Staat und ihren Mitgliedern auf diese Veränderungen einzustellen. Das – wenn auch mit hauchdünner Mehrheit – erfolgreiche Scheidungsreferendum vom 24. November 1995 war ein deutliches Signal dafür.

Während die Welt sich mit den gewaltigen Umwälzungen im mittleren und östlichen Europa beschäftigte, hat das kleine Irland im fernen europäischen Westen schwere eigene Turbulenzen durchgemacht. In knapp zwei Jahrzehnten ist das wirtschaftlich und theologisch protektionistische, konservative und katholische Bauernland zu einer verstädteten, industrialisierten, pluralistischen modernen europäischen Gesellschaft geworden. Nahezu die Hälfte der 5,7 Millionen Bewohner der irischen Republik sind Unter-Fünfundzwanzigjährige. Die überlieferten politischen, sozialen, religiösen Einrichtungen scheinen plötzlich neuen Realitäten nicht mehr gewachsen. Diese Entwicklung ist in dramatischer Weise von der Volksbefragung vom 24. November 1995, die das seit 1925 verfassungsrechtlich gültige *Ehescheidungsverbot* aufhob, besiegelt worden.

Mit einer hauchdünnen Mehrheit 0,6-Prozent-Mehrheit (von 9163 der 1,6 Millionen abgegebenen Wählerstimmen) wurde die Entscheidung getroffen, die bedeutet, daß Irland noch immer das eheförderndste Land in Europa bleiben wird. Die Scheidung einer Ehe wird ohne einseitige Schuld eines Partners nur nach vorheriger vierjähriger Trennung möglich sein und nach richterlicher Feststellung, daß die Verhältnisse unwiederbringlich zerrüttet sind. Der Wahlkampf war insofern dramatisch, weil die anfänglichen Erwartungen der Meinungsforschung auf ein hohes „Ja“ gesetzt waren, die dann durch eine geharnischt geführte kirchliche Kampagne fast ins Gegenteil umzuschlagen drohte. Die knappe Mehrheit wurde durch die moderne Scheidung zwischen dem städtisch-weltlichen und dem ländlich-frommen Irland durchgesetzt. Die Hauptstadt Dublin mit ungefähr einem Drittel der Wählerschaft lieferte ein starkes Ja-Votum, Cork, die zweitgrößte Stadt im irischen Westen, brachte es nur zu einer Mehrheit von elf Stimmen. Als vor

neun Jahren eine erste Volksabstimmung zur gleichen Sache noch eine Zwei-zu-eins-Mehrheit gegen eine Lockerung des ehelichen Bandes erbrachte, konnte dieses Ergebnis nur durch die geringe Wahlbeteiligung als Sieg der kirchlichen Sache angesehen werden.

Eine außerordentliche Kirchentreue

Die Regierung Bruton mit allen politischen Parteien hatte sich für die Verfassungsänderung eingesetzt, aber keines der verschiedenen Lager kann den Ausgang triumphalistisch feiern, der nicht mehr oder weniger bedeutet als eine weitere vorsichtige Bekräftigung des heutigen irischen Pluralismus. An die 80 000 getrennt lebende Eheleute, aber ohne Versorgung der Partner oder ihrer Kinder, bedürfen einer Regelung. Im Vergleich zu dem Wahlgang von 1986 war die kirchliche Strategie diesmal autoritätsgeschwächt. Daß überdies selbst die strenge Rota in Rom trennen konnte, was Gott verbunden hat, mußte als menschliche Auflockerung der starren kirchlichen Haltung, wie immer diese historisch zu erklären ist, wirken. Rund 300 Ehen werden jährlich in Irland nach Maßgabe des kanonischen Rechts aufgelöst. Die Betroffenen können dann kirchlich wieder heiraten. Der großen britischen Nachbarinsel gegenüber, mit der höchsten Scheidungsrate in Europa, kann Irland sich noch als eine moralisch überlegene Gesellschaft fühlen. Jede dritte Ehe geht in England in die Brüche. Fast 20 Milliarden DM werden vom britischen Staat für alleinstehende Mütter aufgewendet.

Eine außerordentliche Kirchentreue, das wesentliche Vermächtnis der Bekehrung vor 1500 Jahren durch den briti-